

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0194/2015/IV

Datum:
16.09.2015

Federführung:
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:

Betreff:

Versorgung von Flüchtlingen in Baden-Württemberg

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 23. September 2015

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Gemeinderat	16.09.2015	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Gemeinderat nimmt diese Informationen zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
keine	
Einnahmen:	
keine	
Finanzierung:	

Zusammenfassung der Begründung:

Die Verwaltung informiert den Gemeinderat mit dieser Vorlage über die aktuelle Flüchtlingssituation im Land.

Sondersitzung des Gemeinderates vom 16.09.2015

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 16.09.2015

3.1 Versorgung von Flüchtlingen in Baden-Württemberg

Informationsvorlage 0194/2015/IV

Oberbürgermeister Dr. Würzner erklärt die Notwendigkeit der Sondersitzung.

Aufgrund der aktuellen Situation in Heidelberg (Kapazitätserweiterung und Nutzung als Aufnahmezentrum) sei Herr Landesbranddirektor Schröder, Innenministerium Baden-Württemberg, zur heutigen Sitzung gekommen, um über die Pläne und weiteren Absichten des Landes zu berichten und für Fragen zur Verfügung zu stehen.

Die Zuziehung von Herrn Schröder ist erforderlich.

Der Oberbürgermeister ruft die Zuziehung gemäß § 33 Absatz 3 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg zur Abstimmung auf.

Beschluss des Gemeinderates:

Der Gemeinderat beschließt die Zuziehung von Herrn Landesbranddirektor Hermann Schröder, Innenministerium Baden-Württemberg, gemäß § 33 Absatz 3 Gemeindeordnung Baden-Württemberg.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Der Oberbürgermeister erläutert ausführlich die Entwicklung der Unterbringungssituation in den Liegenschaften im Patrick Henry Village (PHV) seit Ende 2014, die Bedingungen und Vereinbarungen mit dem Land bis zur heutigen Situation.

Zur aktuellen Lage erklärt er, dass es aufgrund anderer (Kasernen-) Standorte im Land in der Größenordnung von Patrick Henry Village nicht nachvollziehbar sei, Heidelberg so stark in den Belegungsfokus zu nehmen. Er weist auch auf die Überlastung der Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen und die Folgewirkungen für die Stadtgesellschaft hin.

Er bemängelt den Informations- und Kommunikationsstil der Landesregierung und erklärt, das Vertrauensverhältnis zur Landesregierung sei etwas in Schieflage geraten. Weder der Ministerpräsident noch die Ministerin für Integration habe ihn informiert, er habe den Medien entnehmen müssen, dass Heidelberg zu einem Landesregistrierungszentrum entwickelt werden soll. Herrn Schröder nehme er von der Kritik aus.

Herr Schröder habe ihm aber bestätigt, dass es dem Land nicht um einen zentralen Ausbau der Einrichtung (Unterbringung von bis zu 10.000 Flüchtlingen) gehe, sondern um eine Interimslösung und eine Kapazitätserhöhung.

Er übergibt Herrn Schröder das Wort.

Herr Schröder stellt sich und seine Funktion vor und schildert chronologisch und ausführlich die Flüchtlingssituation im Land Baden-Württemberg und die Auswirkungen auf die Stadt Heidelberg.

Er stellt die Zielsetzungen des Landes Baden-Württemberg vor, in Heidelberg eine zentrale Aufnahmeeinrichtung des Landes für Drei Viertel der Zuflucht suchenden Menschen zu schaffen. Er erläutert im Wesentlichen die Vorgehensweisen hinsichtlich Registrierung, ärztlicher Untersuchung, Koordinierung von Röntgenterminen und die erkenntnisdienliche Behandlung.

Außerdem seien Informationen und Beratung vor Ort hinsichtlich der Bleibeperspektiven vorgesehen.

Aktuell seien im PHV 3651 Personen untergebracht. Zur Bewältigung der zukünftigen Aufgaben werde Personal von der Landesfeuerwehrschule abgeordnet und die Unterstützung von Bundeswehrpersonal sei zugesagt, es sollen Räumlichkeiten geschaffen werden, um Betreuung und Schulungen zu gewährleisten, Schule und Kindergarten sollen ertüchtigt und in die Gesamtkonzeption mit eingebunden werden.

Außerdem sei vorgesehen, weitere 4 Wohnblöcke zu ertüchtigen, um die Menschen zu besseren Bedingungen unterbringen zu können. In diesem Zusammenhang stünden auch die Wasserleitungsmaßnahmen sowie die Voraussetzungen für den Brandschutz.

Die Einführung eines weiteren Busshuttles in die Innenstadt sowie die Schaffung einer Einkaufsmöglichkeit vor Ort sei ebenfalls vorgesehen.

Die Landeserstaufnahmestelle (LEA) in Karlsruhe bleibe nach wie vor bestehen. Er informiert über die Einrichtungen in Ellwangen, Meßstetten und Sigmaringen. Das Aufnahmezentrum im PHV solle keine Dauerlösung sein. Außerdem geht er auf die Verteilersysteme „EASY“ und „Königsteiner Schlüssel“ ein.

Das Land erhoffe sich durch die Bündelung der Aufgaben an einem Ort, dass sich bei einem reibungslosen Ablauf die Verfahrensdauer auf drei Tage bis maximal zwei Wochen verkürzen lasse.

Herr Schröder betont, dass sich die Landesregierung dieses Ziel, das kein Beschluss der Landesregierung sei, bis zur 40. Kalenderwoche 2015 gesetzt habe. Danach solle ein Bericht an den Gemeinderat erfolgen, ob die Absichten so weiter verfolgt und die Kapazitäten erhöht werden könnten. Die Landesregierung rechne damit, dass der Zuzug von Flüchtlingen nach Baden-Württemberg noch stärker werde.

Er bitte die Mitglieder des Gemeinderates und die Stadt Heidelberg diesen beschriebenen Weg mitzugehen. Er suche den Dialog, Meinungen und Vorschläge seien ihm wichtig.

Bürgermeister Dr. Gerner berichtet, er kenne Herrn Schröder seit August dieses Jahres, in der Zusammenarbeit mit ihm sei ein Vertrauensverhältnis entstanden. Dennoch gebe es offene Fragen.

Er geht auf das von der Landesregierung gesetzte ehrgeizige Ziel ein, die Verweildauer von vier bis sechs Wochen auf zukünftig zwei Wochen zu reduzieren.

Er spricht die Probleme im operativen Bereich an und weist auf den vom Land zugesagten Personalbetreuungsschlüssel von 1 : 100 hin; in Heidelberg müssten eigentlich 36 Betreuer arbeiten, besetzt seien lediglich 5,2 Stellen.

Außerdem nennt Bürgermeister Dr. Gerner drei wesentliche Gesichtspunkte, die Folgewirkungen für die Stadtgesellschaft hätten: Ordnung und Sicherheit, Gesundheitsuntersuchungen (Gesundheitsamt zuständig für Heidelberg und den gesamten Rhein-Neckar-Kreis) und die Versorgung und Betreuung unbegleiteter Minderjähriger (Verantwortung des Kinder- und Jugendamtes).

Frau Haas-Scheuermann, Leiterin des Amtes für Soziales und Senioren, erläutert ergänzend den Nachbesserungsbedarf des Landes (fehlende Strukturen zum Einsatz von Ehrenamtlichen, Koordinierung des ärztlichen Engagements, keine Einkaufsmöglichkeiten im PHV).

Sie erläutert die Grafik zur Verteilung der Erstaufnahmeplätze in den 4 Regierungspräsidien Baden-Württembergs und die Verteilung nach dem „Königsteiner Schlüssel“, die im Sitzungssaal an die Medienwand projiziert ist.

Unter Anwendung des Königsteiner Schlüssels würde die Quote für das Regierungspräsidium Karlsruhe 26 % betragen, die tatsächliche Verteilung liege aber bei 46 %.

Der Oberbürgermeister ergänzt Aufnahmezahlen aus den Städten Stuttgart, Meßstetten, Sigmaringen, Ellwangen und Mannheim und stellt fest, dass ein deutlicher Verteilungsschwerpunkt im nordbadischen Raum liege.

Es melden sich zu Wort: Stadträtin Prof. Dr. Marmé, Stadträtin Deckwart-Boller, Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Stadtrat Niebel, Stadtrat Mumm, Stadträtin Dr. Gonser, Stadträtin Mirow, Stadträtin Dr. Lorenz, Stadtrat Butt, Stadtrat Dr. Gradel, Stadtrat Holschuh, Stadtrat Diefenbacher, Stadtrat Eckert, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadträtin Markmann

Im Meinungsaustausch geht es im Wesentlichen um folgende Punkte:

- „Heidelberg sagt ja“ – uneingeschränkte Hilfsbereitschaft, Empathie und humanitäre Verantwortung gegenüber Zuflucht suchenden Menschen,
- Dank an alle Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen und an Herrn Schröder,
- Kritik an der Informations- und Kommunikationspolitik der Landesregierung sowie die schleppende Umsetzung der Vereinbarungen,
- Einrichtung einer zentralen Aufnahmeeinrichtung in Heidelberg, hat Heidelberg dann keinen BEA (bedarfsorientierte Erstaufnahme)-Status mehr?
- Infrastruktureinrichtungen können mit den steigenden Flüchtlingszahlen nicht Schritt halten,

- bessere und sorgfältigere Anpassung der Infrastruktur (Elementarunterricht, weiterer Einsatz von Bussen ...),
- Stellenbesetzung durch Sozialarbeiterinnen- und Sozialarbeiter; Koordination der Ehrenamtlichen, Überlastung der Hauptamtlichen, Sicherheit, Ordnung, Hygiene, Überlastung des Gesundheitsamtes, Aufstockung des Personals der Polizei,
- Landesbetreuungsschlüssel von 1 : 100 wird als zu niedrig angesehen,
- Wunsch nach besserer Zusammenarbeit, keine „Salamitaktik“, Einbeziehung des Gemeinderates in Entscheidungen, konzeptionelle Zusammenarbeit auf allen Ebenen,
- Kostenbeteiligung des Bundes,
- Solidarität aller Bundesländer, Regierungsbezirke und Kommunen in Baden-Württemberg werde erwartet,
- Bekanntgabe von verlässlichen Zahlen über die angestrebte Belegung der Gebäude im PHV und eine zeitliche Begrenzung der zentralen Aufnahmeestelle Heidelberg – Handlungsplan („Roadmap“),
- wie werde die medizinische Versorgung von kranken Menschen organisiert und sichergestellt,
- es besteht Skepsis darüber, ob das Land seine Zielsetzungen (Organisation bis zur 40. Kalenderwoche sowie dann die Verweildauer auf längstens 14 Tage zu begrenzen) erreichen könne.

Herr Schröder geht auf die aufgeworfenen Fragen und Aspekte ausführlich ein. Zu den Belegungszahlen könne er aber keine zuverlässige Aussage machen, da diese vom Zustrom der Hilfesuchenden abhängen.

Oberbürgermeister Dr. Würzner bedankt sich bei Herrn Schröder und fasst abschließend zusammen, dass Heidelberg bei Notsituationen immer ein verlässlicher Partner sei. Für Heidelberg sei die Aussage von Herrn Schröder wichtig, dass das Aufnahmezentrum nicht dauerhaft eingerichtet werde.

Die Maßnahmen zur Verdoppelung der benötigten Fläche und Kapazitäten seien bereits angelaufen und könnten nicht mehr beeinflusst werden. Heidelberg erwarte von der Landesregierung aber zukünftig, eine frühzeitige Einbindung der politischen Strukturen.

Der Oberbürgermeister weist ausdrücklich darauf hin, dass die Stadt Heidelberg trotz aller Hilfsbereitschaft überfordert sein könnte, wenn das Land – wie geplant – drei Viertel aller Flüchtlinge, die in Baden-Württemberg ankommen werden, zur Erstaufnahme nach Heidelberg schicke.

Er wiederholt, dass die Ausführungen von Herrn Schröder über die Kapazitätserweiterung beziehungsweise Verbesserung der Struktur und Verfahrensabläufe als Interimslösung vom Gemeinderat und der Verwaltung so mitgetragen werden können.

An Herrn Schröder richte er den Appell, die Hauptamtlichen nicht zu vergessen, die auch in Heidelberg an ihre Belastungsgrenze kommen würden. Er erinnert an die „Pensionswelle“ von Polizeibeamten und bittet, innovative und schnelle Lösungen auch hinsichtlich der Betreuung durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in die politische Landesdiskussion mit einzubringen.

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

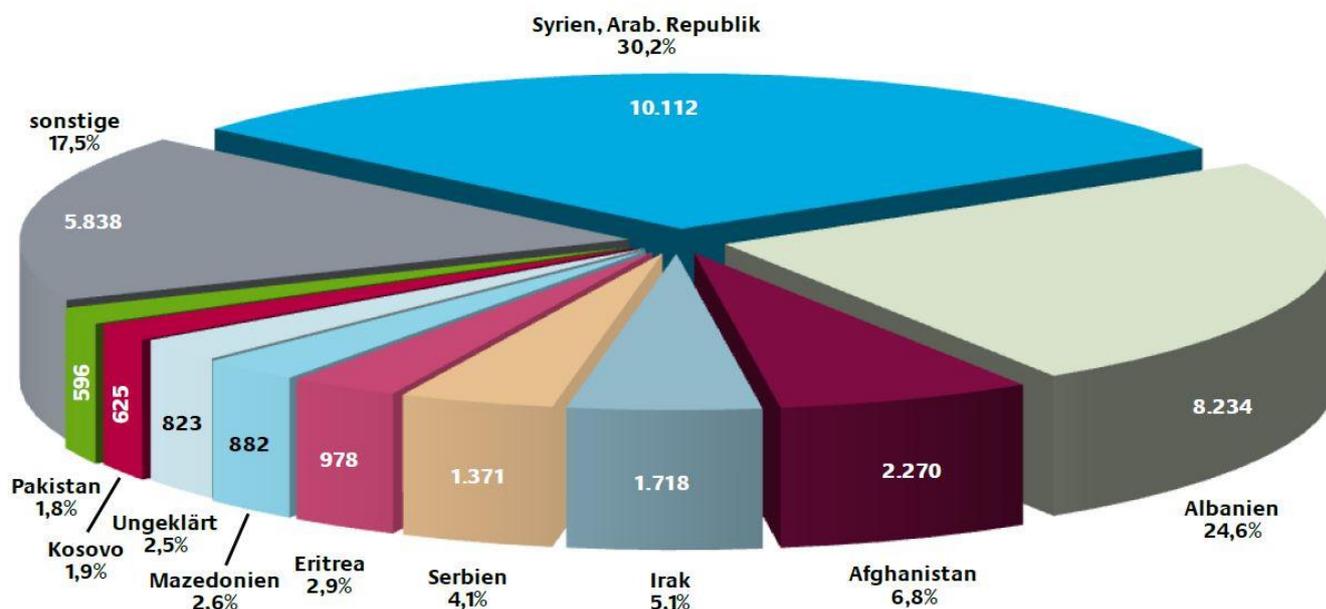
Ergebnis: Kenntnis genommen

Begründung:

1. Ausgangslage:

Die Flüchtlingssituation in der Bundesrepublik ist dramatisch wie nie zuvor. Allein im Juli sind in Deutschland 79.000 Asylbewerber angekommen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat am 19.08.2015 für 2015 bis zu 800.000 Asylbewerber prognostiziert – etwa 4 x so viele wie im Vorjahr. Mittlerweile ist auch diese Prognose überholt, die Bundesregierung rechnet für das laufende Jahr mit der Ankunft von einer Million Flüchtlingen.

2. Herkunftsländer der Flüchtlinge im August:



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

3. Verteilung:

Innerhalb Deutschlands werden die Flüchtlinge nach dem so genannten Königsteiner Schlüssel, der sich anhand von Bevölkerungszahl und Steuereinnahmen berechnet, auf die Bundesländer verteilt. Danach muss Baden-Württemberg 12,97496 % der ankommenden Flüchtlinge aufnehmen. Tatsächlich stellt Baden-Württemberg derzeit circa 27 % aller Erstaufnahmeplätze in Deutschland.

Im Monat August belief sich die Gesamtzahl der Zugänge in Baden-Württemberg auf rund 15.000 Personen, im September kamen bis einschließlich 14.9.2015 bereits 12.116 Personen nach Baden-Württemberg.

Innerhalb von Baden-Württemberg werden die Flüchtlinge zunächst in sogenannte Landeserstaufnahmestellen (LEA's) verteilt. In der Vergangenheit befand sich die einzige LEA in Karlsruhe, aufgrund der stark gestiegenen Flüchtlingszahlen wurde mit dem Aufbau weiterer LEA- und BEA-Standorte begonnen.

4. Situation in PHV

Das Land hat Ende 2014 ein zeitlich befristetes Winternotquartier für die Erstaufnahme von Flüchtlingen in Betrieb genommen. Dem hatte der Gemeinderat in seiner Sitzung am 13.11.2014 zugestimmt. Im Frühjahr 2015 trat das Land an die Stadt heran mit der Bitte auf Verlängerung der Nutzung, da sich die Flüchtlingssituation weiter verschärft hatte. Auch diesem Wunsch stimmte der Gemeinderat unter bestimmten Bedingungen zu, die entsprechende Vereinbarung mit dem Land wurde am 24.7.2015 vom Land unterschrieben und enthält die folgenden Eckpunkte:

- Befristung bis 30.4.2016 mit Verlängerungsoption
- Belegung mit 1.000 Asylbewerbern, in begründeten Notfällen kann eine Belegung bis maximal 2.000 erfolgen.
- Das Land gewährleistet Sozial- und Sicherheitsstandards, einen regelmäßigen Shuttle-Transfer, Angebote zur Tagesstrukturierung, eine lageorientierte Polizeipräsenz und die Einrichtung eines offenen W-LAN

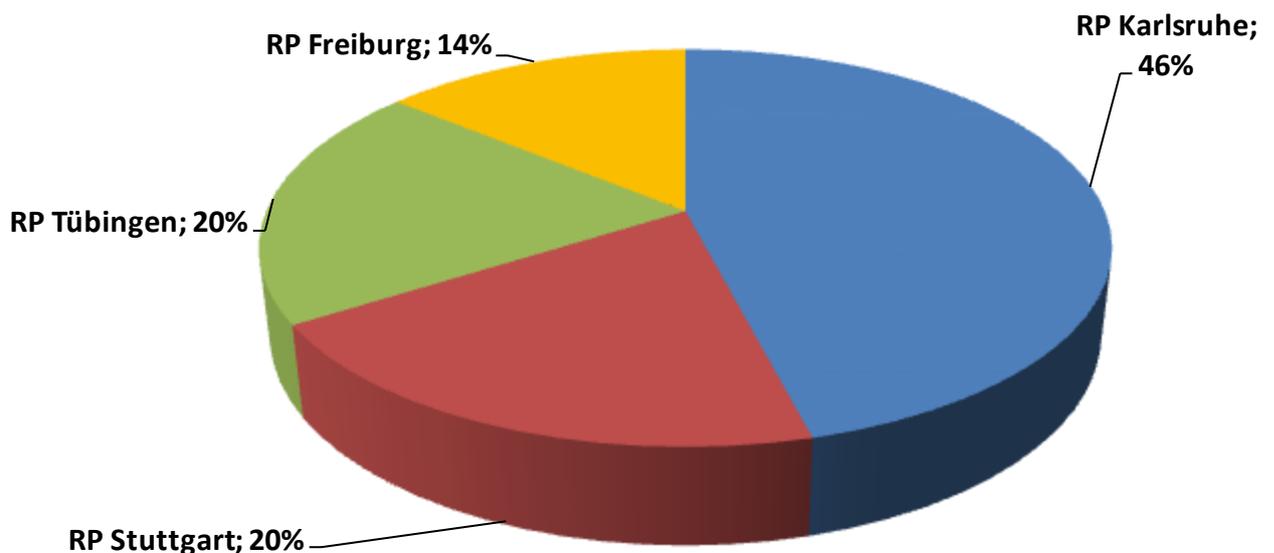
Die aktuelle Lage in Patrick Henry Village (PHV) stellt sich wie folgt dar:

- laut Regierungspräsidium (RP) leben in PHV derzeit etwa 3.600 Flüchtlinge
- der Bus-Shuttle wurde eingerichtet
- die Heidelberger Polizei wurde regulär nicht aufgestockt; stattdessen wurden auf 8 Wochen befristete Brennpunkteinsätze bewilligt (derzeit bewilligt bis 10.10.2015)
- für die Sozial- und Verfahrensberatung wurden bislang 14 Stellen bewilligt, 5,2 Stellen konnten besetzt werden; zusätzlich sollen zeitnah weitere zehn Stellen geschaffen werden, weitere zehn Stellen wurden vom RP beantragt; nach dem Personalschlüssel des Landes ist eine Betreuungsquote von 1:100 vorgesehen.

5. Verteilung der Erstaufnahmeplätze in Baden-Württemberg:

Derzeit gibt es in Baden-Württemberg etwa 25.000 Erstaufnahmeplätze. Diese Plätze verteilen sich auf die 4 Regierungspräsidien wie folgt:

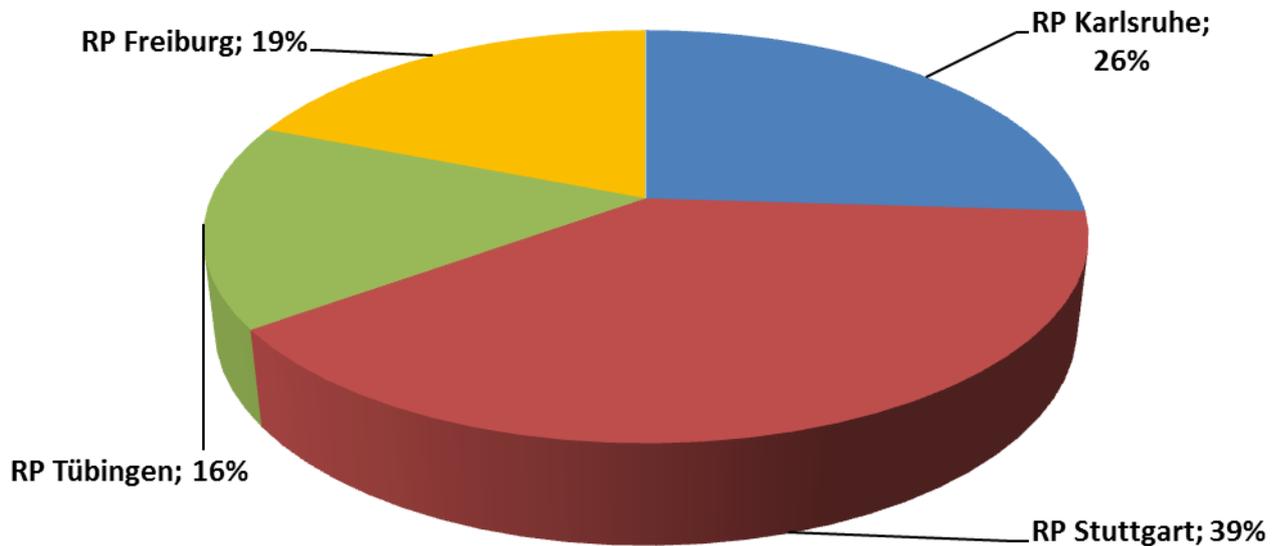
a) tatsächliche Verteilung



Quelle: Stadt Heidelberg, Amt für Soziales und Senioren

b) Verteilung nach Königsteiner Schlüssel

Würde der bewährte Königsteiner Schlüssel, der eine gleichmäßige und gerechte Inanspruchnahme aller 4 Regierungspräsidien garantiert, bei der Verteilung der Flüchtlinge in Baden-Württemberg zugrunde gelegt, müssten sich die 25.000 Plätze wie folgt verteilen:



Quelle: Stadt Heidelberg, Amt für Soziales und Senioren

6. Fazit

Eine gleichmäßige Verteilung ist derzeit nicht der Fall. Das RP Karlsruhe „schultert“ fast die Hälfte der Erstaufnahmeplätze in Baden-Württemberg.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
WO 4	-	Verdrängungsprozesse verhindern
SOZ 1	-	Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern
KU 1	-	Kommunikation und Begegnung fördern
		Begründung: Standorte, an denen mehrere tausend Menschen gemeinsam an einem Ort untergebracht sind, verhindern die Erreichung dieser Ziele.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner